

SHORT NEWS

Eis Schoul survivra

Ils voulaient une réponse, ils l'ont reçue ! Suite à deux questions parlementaires des députés Marc Spautz (CSV) et Fernand Kartheiser (ADR) concernant les évolutions de l'école-pilote « Eis Schoul » dont la pérennité a été mise en question, à cause de problèmes internes, la ministre de l'éducation nationale, Mady Delvaux-Stehres (LSAP), a réitéré son soutien à ce projet en l'agrémentant d'une réponse bien détaillée. Elle revient sur des études et évaluations aussi bien internes qu'externes et auprès des parents d'élèves. Le résultat de ces enquêtes, globalement positif, amène la ministre à affirmer qu'il n'y a aucune « nécessité d'y mettre un terme ». Parmi les points faibles retenus par les évaluations, elle mentionne toutefois le manque de collaboration entre les membres du corps enseignant, malgré un fort engagement de leur part ainsi que le manque de cohérence entre les différents cycles. De plus, tous les parents d'élèves seraient satisfaits de l'école qui augmentera, pour l'année scolaire à venir, le nombre d'inscriptions à 15 (après 130 demandes de parents). Le seul hic, c'est que, tant qu'à faire, la ministre aurait pu s'étendre un peu plus longuement sur les divergences théoriques entre membres du Glen, initiator du projet et adeptes de l'« auto-socio-constructivisme », qu'elle n'a pas, contrairement à l'« enseignement ouvert » favorisé par les non-adhérents du Glen, détaillé plus profondément.

Deux questions, une réponse

Déjà qu'en matière de politique d'asile le gouvernement se montre peu communicatif, alors quand il s'agit d'évoquer la problématique liée aux réfugiés d'origine rom, c'est l'évasion totale. Ainsi, les députés verts Felix Braz, Jean Huss et Viviane Loschetter se sont inquiétés auprès du ministère de la famille et de celui de l'immigration, du sort des Roms dans les campings du grand-duché où ils ne peuvent loger que si les autres campeurs n'y voient pas d'inconvénients - donc jamais -, alors que la loi leur interdit d'installer leurs caravanes hors des zones prévues à cet usage. Accessoirement, ils ont voulu savoir où en était la transposition des recommandations des ministres du Conseil de l'Europe. Question que s'est aussi posée la députée libérale Anne Brasseur, en faisant référence au plan national d'intégration des Roms demandé par la Commission européenne. La réponse à ces questions était la même: en gros, on ne peut rien dire sur les Roms car : « Au Luxembourg, la loi modifiée du 27 juillet 2007 sur la protection des données ne permet pas à l'heure actuelle le recensement de données dites sensibles. Ce qui explique d'ailleurs pourquoi à ce jour ces personnes s'il y en a - il s'agit de citoyens de l'Union européenne et non de demandeurs de protection internationale - ne sauraient être recensées. » En somme : la protection des données peut servir, si elle évite de répondre à des questions gênantes.

Der Wald wird gezählt!

Das Internationale Jahr des Waldes ist noch keine sechs Monate im Gange, und schon legt Eurostat einen Bericht über die Bewaldung in der EU vor. Mit 34 % Waldfläche schneidet das ehemalige „département des Forêts“ nicht besonders gut ab - der EU-27-Durchschnitt liegt bei 41 %. Unsere drei Nachbarländer stehen allerdings noch kahler da. Spitzenreiter sind Finnland und Schweden, auf Platz 5 erreicht Spanien erstaunliche 55 %. Doch diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, denn Wald ist nicht gleich Wald. Als „bewaldet“ werden bei Eurostat schon Flächen mit einer Kronendeckung von über fünf Prozent eingestuft. Der ökologische Wert der europaweit als Wald ausgewiesenen Flächen dürfte sehr unterschiedlich sein. Wälder wirken sich vor allem auf Biodiversität, Wasserhaushalt und Klimaschutz aus. Letztere Funktion schließt die Nutzung der Biomasse ein, wo Luxemburg laut Eurostat eine Sonderstellung einnimmt: Obwohl rekordverdächtige 98 % der Waldfläche wirtschaftlich nutzbar sind, kommen nur 28 % der erneuerbaren Energien aus der Holznutzung - der viertniedrigste Wert in der EU.

AKTUELL

EU-KLIMAPOLITIK

Bröckelnder Schutz

Lisa Harms

Bei ihrem Luxemburg-Besuch verteidigte EU-Klima-Kommissarin Connie Hedegaard die „Klimaroadmap 2050“. Die 27 Umweltminister konnten sich hierauf jedoch nicht einigen.

Die Zeit für die Festsetzung ehrgeizigerer Klimaschutz-Ziele drängt. Der Klimagipfel in Durban im Dezember dieses Jahres, letzte Chance, ein Kyoto-Protokoll-II zu verabschieden, rückt näher, aber er steht unter schlechten Vorzeichen. Auch nach dem letzten Klima-Zwischentreffen in Bonn besserten sich, wie zu erwarten war, die Aussichten für den Klimaschutz nicht, die „Kyoto-Familie“ droht auseinanderzuberechen. Dabei schreit die aktuelle Lage geradezu nach neuen Anstrengungen. Laut der International Energy Agency (IEA) hat der CO₂-Ausstoß 2010 einen historischen Höchststand erreicht, mit einer fünfprozentigen Erhöhung gegenüber dem Rekordjahr 2008. Für die NGOs besteht die letzte Hoffnung darin, dass die EU eine Vorreiterrolle einnimmt und ohne die USA und China, und notfalls auch ohne Japan, Russland und Kanada, Kyoto-II-Kurs einschlägt. Nur so können Entwicklungsländer von Ernsthaftigkeit und Machbarkeit des Klimaschutzes überzeugt werden. Entgegenstehen würde dieser Entscheidung faktisch betrachtet nichts, doch an ihrer Wahrscheinlichkeit weckt der Besuch von EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard am vergangenen Montag in Luxemburg einigen Zweifel. Sie betonte, dass die EU nur unter „bestimmten Bedingungen“ bereit sei, weitere Verpflichtungen einzugehen, nämlich nur dann, wenn die anderen Industrie-Länder mit ins Boot stiegen. Schon jetzt fehlt es der EU-Klimastrategie deutlich an Ambitionen. Die im März von der Kommission veröffentlichte „Klima-Roadmap 2050“ erhöht das Ziel der Emissionsreduktion für 2020 zwar auf 25 Prozent, da das aktuell verbindliche 20-Prozent-Ziel bereits mit Leichtigkeit erreicht werden kann, liegt damit aber deutlich unter den Erwartungen der NGOs und den warnenden Empfehlungen zahlreicher Wissenschaftler, die alle Hoffnung auf eine Erreichung des 2-Grad-Ziels schwinden sehen. Hedegaard erklärte, dass eine CO₂-Reduktion innerhalb Europas von 25 Prozent bis 2020 etwa 1,5 Millionen Arbeitsplätze in Europa schaffen

könne. Eine Studie, an der das Potsdamer Institut für Klimaforschung und die Oxford-Universität beteiligt waren, geht jedoch sogar von einem Arbeitsplatz-Potenzial von sechs Millionen aus - wenn die Emissionen im gleichen Zeitraum um 30 Prozent gesenkt würden. „Bis 2040 können wir 40 Prozent Emissionen einsparen, davon mindestens 30 Prozent im heimischen Europa“, so Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg. „Das Problem ist, dass eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten dieses 30-Prozent-Ziel nicht unterstützt, darunter leider auch das Tank-Tourismus-Land Luxemburg.“

Weiterer Diskussionspunkt in Luxemburg war die Energieeffizienz, der die Roadmap 2050 einen besonderen Platz einräumt, da sie, anders als die Förderung erneuerbarer Energien und die CO₂-Reduktion, bisher deutlich unter der vorgesehenen 20-Prozent-Marke, nämlich bei lediglich 9 Prozent liegt. Wichtig sei, dass der Emissions-Handel in diesem Zuge merklich verschärft werde, so Holbach. Die Gefahr, dass CO₂ für Nichtstuer in Sachen Emissionsverminderung billiger wird, steigt mit den anvisierten Zielen von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Greenpeace fordert deshalb, Emissionsrechte für etwa 1,4 Gigatonnen vom Markt zu nehmen. Die Roadmap enthält hierfür bisher keine eindeutigen Vorgaben. Doch selbst die Chancen für die von der Kommission geforderten Minimalanstrengungen stehen schlecht. Einen Tag nach dem Besuch Hedegaards in Luxemburg stand die Roadmap 2050 im EU-Umweltministerrat zur Diskussion, die sich auf die Etappen der Emissionsreduktion bis zum Endziel von 80 Prozent 2050 einigen sollen. Bis zum Abend war kein Ergebnis erzielt worden, da sich insbesondere Polen dem Stufenplan verweigert. Und am Mittwoch wurde auch die Energiespar-Richtlinie, die die Kommission ursprünglich vorgeschlagen hatte, deutlich abgeschwächt. Die Einsparung von einer Energieverkaufsmenge von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr soll für Energieversorger nun doch nicht verbindlich, sondern freiwillig sein. Bei all dem wird vergessen, dass es nur einen gibt, der nicht mitverhandelt und am Ende doch das letzte Wort behält: das Klima selbst.